

# Autonomie anstatt Abhängigkeit

**FLUCHT** Der Nationale Flüchtlingsrat kritisiert die Regierung

Yves Greis

Der Luxemburger Flüchtlingsrat wirft der Regierung und den Verwaltungen vor, wenn es um die Integration von Geflüchteten geht, nicht genug zu handeln und wertvolle Zeit zu verlieren.

Der Luxemburger Flüchtlingsrat (ein Zusammenschluss mehrerer Organisationen) zieht traditionell am Weltflüchtlingstag, dem 20. Juni, eine Bilanz und stellt in diesem Jahr wieder der Regierung und den Verwaltungen keine gute Note aus. Die Regierung habe nicht den politischen Mut, um bis an die Grenzen dessen zu gehen, was sie sich selbst in Sachen Autonomie und Integration der Geflüchteten auf die Fahne geschrieben hat.

Als Beispiel führt der Flüchtlingsrat das „Projet d'accompagnement“ aus dem Jahre 2015 auf. Das Projekt sah eine Reihe sozialer oder gesellschaftlicher Aktivitäten vor, die mit einer Erhöhung der zuerkannten Geldmittel einhergingen. Ursprünglich sei vorgesehen gewesen, das Projekt bei der nationalen Umsetzung der EU-Direktive über Asylbewerber zu berücksichtigen. Am Ende sei es jedoch nicht mit einbezogen und schlussendlich komplett aufgegeben worden.

Der Staatsrat hatte die entsprechende Gesetzespassage zwar im Detail kritisiert, allerdings grundsätzlich nicht gut gefunden, so der Flüchtlingsrat. Die Kritik dieser Institution dürfe aber nicht der Grund dafür sein, das „Projet d'accompagnement“ nun aufzugeben.

Die Integration der Geflüchteten sei für die Autoritäten offenbar keine Priorität, meint Flüchtlingsratsmitglied Sergio Ferreira



Nonna Sehovic (Caritas), Sandrine Gashonga (Amnesty International) und Sergio Ferreira (ASTI) vertreten ihre Organisationen im Luxemburger Flüchtlingsrat

(ASTI). Familienministerin Corinne Cahen schiebe eine vermeintliche Flüchtlingswelle, die es zu bewältigen gelte, bevor man an Integration arbeiten könne, nur vor. Flüchtlingsratsmitglied Nonna Sehovic (Caritas) zeigt sich sehr enttäuscht vom „Parcours d'intégration accompagnée“ – also dem Plan der Regierung zur Integration von Asylbewerbern. Der Plan enthalte in keiner Weise neue Elemente. Auch seien die Organisationen, die auf dem Gebiet aktiv sind (also die Mitglieder des Flüchtlingsrates), nicht konsultiert worden, als der Plan ausgearbeitet worden sei. Die Flüchtlinge lebten in Lu-

xemburg in einer starken Abhängigkeit, anstatt autonom ihr Leben organisieren zu können. Viele könnten nicht selbst Essen kaufen, sondern würden mit Gerichten versorgt. Andere hätten keinen Zugang zu einer Küche. Diese Abhängigkeit bestehe in den langen Monaten, in denen das Prüfungsverfahren laufe.

Kritik übt der Flüchtlingsrat auch daran, wie mit Flüchtlingskindern verfahren wird. Die schulische Bildung sei ein „großes Problem“ in Luxemburg, sagt Sandrine Gashonga von (Amnesty International). Die geflüchteten Kinder würden oft nicht mit einheimischen Kindern in Kon-

takt kommen, seien in speziellen Klassen untergebracht oder würden gar in den Asylbewerberunterkünften unterrichtet. Der Flüchtlingsrat fordert, dass dies geändert wird. Die Kinder müssten mit anderen Kindern Kontakt haben. Der Flüchtlingsrat ist sich bewusst, dass es für die Gemeinden und die Schulen natürlich keine leichte Aufgabe ist, wenn mitten im Schuljahr neue Schüler hinzukämen oder gar eine ganze Gruppe Flüchtlingskinder gleichzeitig. Darum fordert der Rat, dass den Gemeinden mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden und dass Lehrer spezielle Fortbildungen erhalten.

## Die Zahlen

- Weltweit gibt es rund 22,5 Millionen Flüchtlinge
- Die meisten von ihnen kommen aus: Syrien (5 Mio.), Afghanistan (2,5 Mio.) und dem Südsudan (1,4 Mio.)
- Die Länder, die am meisten Geflüchtete aufnehmen: Türkei (2,9 Mio.), Pakistan (1,4 Mio.), Libanon (1,6 Mio.), Uganda (940.000), Iran (900.000), Äthiopien (700.000) (Quelle: LFR)